



Kubl	743
Schl	133
BOT	
Mubl	

Sächsische Landesbibliothek

201 20459

Spendenaktion hilft Sergej gegen Leukämie



(UZ/J. S.) Über die Hälfte der Kosten für die teuren Medikamente zur Therapie konnten in der Spendenaktion „Hilfe für Sergej“ bereits aufgebracht werden. Damit stehen die Chancen günstig, daß die todtbringende Krankheit Leukämie als Folge des Reaktorunglücks von Tschernobyl mittels einer von den Ärzten so genannten aggressiven Rezidivbehandlung geheilt werden kann. Sergej Wisjak war am 7. November des vergangenen Jahres in die Klinik für Kindermedizin des Bereiches Medizin der Leipziger Universität aufgenommen worden (s. a. UZ/41 vom 17. 12. 1990, Seite 2). Seitdem erhielt der achtjährige Junge bereits fünf Blöcke einer Therapie mit Zytostatika, die Behandlung umfaßt insgesamt neun Blöcke. Als ein Jahr nach dem Reaktorunglück die Krankheit bei Sergej auftrat,

wandte sich die Familie zunächst an die Kinderabteilung des onkologischen Allionozentrums Moskau. An der Leipziger Universitätsklinik bestanden aber für die Behandlung größere Erfolgsaussichten, was sich jetzt bestätigt. Auch alle Mitglieder und Angehörigen der Leipziger Universität können weiterhin helfen, eine erfolgreiche Behandlung von Sergej, aber auch anderer Kinder aus der Sowjetunion mit gleichem Krankheitsbild, zu ermöglichen. Unter dem Kennwort „Sergej“ können auf das Konto der Volksbank, Nr. 320 09 3333, Bankleitzahl 860 956 04, oder direkt an die Kinderklinik Spenden entrichtet werden (s. a. Seite 4 dieser Ausgabe).

Foto: RENZENDORSCH

Institut für Biophysik: Forschungsmittel

Neue Erkenntnisse in Frühdiagnose und für Medikamente

(PI/R. PL) Das Institut für Biophysik der Universität Leipzig erhält für zwei Forschungsprojekte materielle und finanzielle Unterstützung vom Bundesministerium für Forschung und Technologie und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Das Bundesministerium stellt dem Leipziger Institut für die Anschaffung eines NMR-Spektrometers Mittel in Höhe von 0,4 Mio. DM zur Verfügung. Das Gerät ermöglicht z. B. nichtinvasive Messungen der Stoffwechselaktivität in intaktem biologischen Material sowie zukünftig auch die molekulare Darstellung der Wasserverteilung im Gewebe. Am Leipziger Institut soll das Spektrometer speziell für die Aufklärung der Wasserbindung in Knorpelgewebe in Abhängigkeit von altersabhängigen und degenerativen Veränderungen eingesetzt werden, einem Projekt, das jetzt ebenfalls finanziell von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt wird. Die unterschiedliche Bindung von Wasser im Knorpelgewebe, die mit Hilfe des Spektrometers kontinuierlich und ohne eine äußere Beeinträchtigung durch die Melntechnik ermittelt werden kann, ist ein entscheidender Faktor für die Funktionsfähigkeit des Gelenkknorpels.

Neue Erkenntnisse zur Frühdiagnose von Gelenkerkrankungen in den unterschiedlichsten Bereichen der Orthopädie. Bei diesen Forschungen arbeitet das Institut für Biophysik zusammen mit der Klinik für Kieferorthopädie, dem Institut für Anatomie der Universität und dem Finsenbofer-Institut für Zersäufungsfreie Prüfverfahren St. Ingbert (Saarland).

Im Mittelpunkt des zweiten Forschungsprojektes, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt wird, stehen Möglichkeiten der Beeinflussung von Fusionsprozessen von Zellen. Es geht dabei sowohl um Untersuchungen zu Vorgängen innerhalb der Zelle, die zur Ausschleusung von Material (z. B. Hormonen) aus der Zelle führen, als auch um die Verschmelzung von Viren mit Zellen, einer Problematik, die u. a. für die AIDS-Forschung bedeutsam ist. Ziel der Forschungen ist es, Medikamente zu entwickeln, die eine Fusion von Viren mit Zellen verhindern und die molekularen Mechanismen intrazellulärer Fusionsprozesse aufzuklären.

Für diesen Forschungsschwerpunkt stellt die Deutsche Forschungsgemeinschaft materielle und finanzielle Mittel in Höhe von rund 150 000 DM zur Verfügung.

Amtsübergabe

(UZ) Der Festakt der Rektoratsübergabe an den neugewählten Rektor Prof. Dr. Cornelius Weiss sowie die Bestellung der Prorektoren Adolf Kühnel, Gerald Leutert sowie Günther Warsberg findet am Vormittag des 11. 3. im Kleinen Saal des Neuen Gewandhauses statt. Ebenfalls in sein neues Amt wird Herr Peter Gutjahr-Löser als Kanzler der Universität eingeführt.

Zu dieser feierlichen Veranstaltung ist der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer, eingeladen. (UZ berichtet in der nächsten Ausgabe ausführlich.)

Mehr Mitsprache

(Reuter) Die Hochschul-Rektorenkonferenz hat sich für ein stärkeres Mitspracherecht der Universitäten bei der Auswahl von Studienbewerbern ausgesprochen. Das Gremium schlägt spätestens für das Sommersemester 1992 einen Modellversuch vor. Demnach sollen Bewerber nach der Auswahl der Zentralstelle für die Studienplatzvergabe (ZVS) ein zweites Verfahren in der Hochschule durchlaufen. Für das Wintersemester schlagen die Rektoren getrennte Vergabeverfahren für Abiturienten aus Ost- und Westdeutschland vor.

Sanktioniert

(ADN) Die Abwicklung von Teilbereichen der Berliner Humboldt-Universität ist nicht zu „beanstanden“. Der Antrag der Hochschule zur Sicherung eines vorläufigen Rechtsschutzes wurde abgelehnt. Damit tritt der Senatsbeschluss von Ende Dezember 1990 in Kraft, wonach die Bereiche Recht, Wirtschaft, Geschichte, Philosophie und Erziehungswissenschaften mit dem Ziel ihrer Neugründung abgewickelt werden. Alle dort beschäftigten Mitarbeiter erhalten befristete Arbeitsverträge.

Halber Anteil

(Reuter) Der Anteil der deutschen Studenten, die nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) Zuschüsse zum Studium bekommen, hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als halbiert. Das geht aus dem „Ergebnisbericht 1990“ hervor, den das Hochschul-Informationssystem (HIS) kürzlich an Hannover vorlegte. Während 1973 noch 40 Prozent aller Studenten ihren Lebensunterhalt zumindestens zu etwa einem Drittel aus dem BAFöG bestreiten konnten, waren es demnach 1988 nur noch 18 Prozent. Ihr Studium fast völlig per BAFöG finanzieren konnten 1988 sogar nur noch sechs Prozent der Studierenden (1973: 18 Prozent).

Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil derer, die neben ihrem Studium Geld verdienen müssen, von 28 auf 43 Prozent. Als Grund nennt das HIS u. a. die Tatsache, daß das BAFöG seit 1988 nur noch als Darlehen gewährt wird.

Wieder Juristen

(ADN/UZ) Mit der feierlichen Immatrikulation von 149 Studenten wurde kürzlich die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald wiedereröffnet. Damit gewinnt die Universität jene Vollständigkeit zurück, die über viele Jahrhunderte bestimmend war. 1946 hatte sie den Lehrbetrieb für Rechts- und Staatswissenschaften nicht mehr aufnehmen dürfen. Der Bereich ist nun mit Hilfe der Universität Osnabrück wieder aufgebaut worden.

Im neuen Job

(JW) Der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Apel nimmt mit Beginn des Sommersemesters 1991 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock seine Lehrtätigkeit zu Problemen der Finanzpolitik auf.

Rektoratskollegium und Senat für würdige Erinnerung an die Universitätskirche:

Stele oder Gedenktafel

Die Sprengung der im 2. Weltkrieg unversehrt gebliebenen Universitätskirche gehört zu den untrüflichsten Ereignissen in der mehr als 580jährigen Geschichte der Alma mater Lipsiensis. In Erinnerung an diesen unverzeihlichen Akt von Kulturbarmati beschäftigten sich Universitätsleitung und Senat bereits seit mehr als einem Jahr mit der Frage des würdigen Gedenkens an das 1968 zerstörte kunsthistorisch wertvolle Bauwerk. Zunächst war an eine von einem Künstler gefertigte Stele in der Nähe des ehemaligen Standortes der Universitätskirche – neben dem jetzigen Hauptgebäude der Universität – gedacht, für die ein Wettbewerb ausgeschrieben werden sollte.

Nach Beratung mit Kunstsachverständigen

wurde als Alternative eine künstlerisch gestaltete Gedenktafel vorgeschlagen, für deren Anbringung das Hauptgebäude am Augustusplatz, aber auch der Glockenturm im Innenhof in der Diskussion sind.

Die Entscheidung zu der Frage Stele oder Gedenktafel steht somit noch aus. Der Senat hat im Bemühen um einmütige Klärung eine Expertenkommission mit der Aufgabe betraut, die Vorstellungen zu konkretisieren und so die Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Universitätsleitung und Senat stimmen darin überein, daß bis 1993, wenn sich dieser barocke Zerstörungsakt zum 25. Male jährt, ein würdiges Kunstwerk – Stele oder Tafel – zum mahnenden Gedenken an dieses Ereignis geschaffen werden muß.

An HUB eingeklagt

(dpa/UZ) Studienplatzbewerber aus dem Westen haben sich erstmals erfolgreich an einer Universität in der Ex-DDR eingeklagt. Das Berliner Verwaltungsgericht entschied, daß die Humboldt-Universität 14 Studenten aus den alten Bundesländern im Fachbereich Tiermedizin ausbilden muß. Nach Mitteilung der Anwälte müssen Studenten – egal aus welchem Teil Deutschlands – nach dem deutsch-deutschen Einigungsvertrag an jeder staatlichen

Hochschule in der Bundesrepublik zum Studium zugelassen werden, so weit nicht Zulassungsbeschränkungen bestehen.

Die HU hätte für das Wintersemester 1990/91 die Zahl der Tiermedizin-Studiennplätze auf 135 festgesetzt, bei Semesterbeginn wurden aber nur 121 belegt. Das Gericht: Die Kläger durften die Studienplätze beanspruchen.

Klare Absage zur Arbeitsmarkttaggabe

Scharf kritisiert und zurückgewiesen werden vom Deutschen Beamtenbund (DBB) Forderungen und Pläne zur Einführung einer Arbeitsmarkttaggabe unter Einbeziehung der Beamten. Der Deutsche Beamtenbund ist zur Teilnahme an einem sozialen Dialog mit dem in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl erklärten Ziel eines alle gesellschaftlichen Gruppen umfassenden Solidarpaktes bereit, lehnt aber Sonderbelastungen zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben kategorisch ab.

Der DBB besteht deshalb auch zur Finanzierung von arbeitsmarktpolitischen Aufgaben auf einem Konzept, das alle Gruppen gleichmäßig und entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit belastet. Zur Finanzierung solcher Aufgaben leisten die Be-

amten ihren solidarischen Beitrag als Steuerzahler. Als „Einkettenschwinder“ kritisiert der DBB Versuche, mit einer Arbeitsmarkttaggabe für alle Erwerbstätigen eine verkappte Arbeitsmarktsteuer einzuführen. Der DBB stellt ferner fest, daß Pläne zur Einführung einer Arbeitsmarkttaggabe der Beamten schon vor zehn Jahren als verfassungswidrig erkannt wurden und deshalb auch jetzt ohne politische Realisierungschance sind. Absagen an eine Arbeitsmarkttaggabe erwartet der DBB insbesondere von den Bonner Koalitionsparteien und von Bundeskanzler Helmut Kohl, nachdem weder in der Koalitionsvereinbarung noch in der Regierungserklärung mit einem Wort von einer solchen Abgabe die Rede war.



Wohl nicht nur der Karikaturist der „Welt“ sieht so die Bonner Steuerpläne...

10 Fakultäten

(ADN) Zehn Fakultäten gibt es künftig an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität. Mit einer entsprechenden Entscheidung entsprach die Thüringer Landesregierung jetzt einem Beschluß des Senats der Jenaer Universität, die im Dezember abgewickelten vier Fachrichtungen als Fakultäten neu zu gründen oder in solchen zu verankern sowie alle anderen fortbestehen zu lassen. Damit wird es künftig in Jena Fakultäten geben für Biologie, Chemie, Mathematik, Physik/Astronomie, Philosophie, Psychologie/Pädagogik/Sportwissenschaften, Rechtswissenschaften, Theologie, Wirtschaftswissenschaften und Medizin.

Mit Weltstar

(UZ-Korr.) Theo Adam wieder in Leipzig - diesmal mit einem Liederabend am 20. 3. im Opernhaus! Durch seine Auftritte mit dem Thomamacher ist er den Bach-Freunden wohl bekannt, als Opernsänger hat er Weltkarriere gemacht, und seine Erfahrungen und Erfolge als Liedersänger stehen dem nicht nach. Das Gastspiel mit Liedern von Mozart, Beethoven, Schubert und Richard Strauss sowie dem „Jedermann“-Monolog von Frank Martin verspricht ein herausragendes musikalisches Ereignis zu werden.

Ganoven-Boom

(MPG) Einen Anstieg der Kriminalität nach der politischen Wende befürchten 87 % der Bürger in den neuen Bundesländern - gegenüber 54 % im Westen Deutschlands. Stark zugenommen hat die Kriminalitätsrate in der ehemaligen DDR bisher vor allem bei Kraftfahrzeugdiebstahl, Raub und Diebstahl. Dementsprechend gewachsen ist auch die Verbrechenfurcht: Rund 29 % der Bürger im Osten Deutschlands - dagegen nur 15 % im Westen - etwa halten es für zumindest wahrscheinlich, Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden. Dies hat eine Umfrage ergeben, welche die Forschungsgruppe Kriminologie des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht (Freiburg) in Zusammenarbeit mit der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsgruppe des Bundeskriminalamtes (Wiesbaden) unter der Bevölkerung im östlichen und im westlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland durchführte.

Telekom-Schule

(ADN/UZ) Als erste Ausbildungsstätte Sachsens hat kürzlich die Leipziger Ingenieurschule der Deutschen Bundespost-Telekom eine Fachschulausbildung aufgenommen. 60 Studienanfänger werden zunächst diesen Ausbildungsweg beschreiten, der in insgesamt acht Semestern zum Abschluß als Diplomingenieur der Nachrichtentechnik führt. In den Studienblauf ist ein Praktikum integriert. Die juristische Gründung der eigentlichen Fachhochschule steht noch aus. Die Einrichtung ist nach Berlin und Duisburg die dritte derartige Fachhochschule im Bundesgebiet.

Mikrosystemtechnik

(ADN) Die Mikrosystemtechnik verstärkt in Lehre und Forschung in den Blickpunkt zu rücken, ist Anliegen eines Interessenverbandes „Gerätetechnik und Mikrosystemtechnik“ der Technischen Universität Chemnitz und des Institutes für Mechanik Chemnitz, der kürzlich gegründet wurde.

UZettel

Für den, der mit dem Kopf denkt, ist das Leben eine Komödie. Für diejenigen, die mit dem Gefühl denken oder sich vom Gefühl leiten lassen, ist das Leben eine Tragödie.
HENRY MILLER

Gilt immer: Vielfalt statt Einfalt – offen für jede Meinung